

Ressort: Finanzen

US-Justizministerium will von Deutscher Bank 14 Milliarden Dollar

Washington, 16.09.2016, 01:06 Uhr

GDN - Die Deutsche Bank hat in der Nacht zum Freitag Marktgerüchte bestätigt, wonach das US-Justizministerium im sogenannten Hypothekenstreit 14 Milliarden US-Dollar von dem Geldhaus einfordert. Ein "erster Vergleichsvorschlag" sei unterbreitet und die Bank gebeten worden, als nächsten Schritt einen Gegenvorschlag vorzulegen, hieß es in einer Mitteilung.

Die Deutsche Bank hält die Forderung demnach für deutlich überhöht. Man beabsichtige "auf keinen Fall, diese möglichen zivilrechtlichen Ansprüche in einer Höhe zu vergleichen, die auch nur annähernd der genannten Zahl entspricht". Die Verhandlungen stünden erst am Anfang. Die Deutsche Bank erwarte ein Verhandlungsergebnis, das im Bereich ihrer Wettbewerber liegt, die sich mit dem US-Justizministerium bereits auf deutlich niedrigere Beträge geeinigt haben. 14 Milliarden US-Dollar liegen weit über den schlimmsten Erwartungen von Analysten und auch über den bereits gebildeten Rückstellungen. Die US-Behörden werfen der Deutschen Bank und anderen Banken vor, auf dem US-Immobilienmarkt faule Hypotheken in undurchschaubaren Wertpapieren gebündelt und damit Anleger um viel Geld gebracht zu haben.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-78077/us-justizministerium-will-von-deutscher-bank-14-milliarden-dollar.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619